



SPD-Fraktion
im Rat der Stadt
Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion linkes
Bündnis im Rat der
Stadt Wuppertal



Fraktion
Freie Wähler im
Rat der Stadt
Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind

Gemeinsamer Antrag

Datum 15.04.2024

Drucks. Nr. **VO/0454/24**
öffentlich

Zur Sitzung am
25.04.2024
29.04.2024

Gremium
Hauptausschuss
Rat der Stadt Wuppertal

Resolution: Lachgas als Partydroge – gesetzlicher Schutz für Kinder und Jugendliche

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Linkes Bündnis Wuppertal und die Freie Wähler beantragen, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal wendet sich an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und bittet,
die gesetzliche Grundlage zu schaffen, Kinder und Jugendliche vor dem Konsum von Lachgas zu schützen und im Jugendschutzgesetz zu verankern.

Begründung:

Die Verbreitung von Lachgas als Rauschmittel nimmt zu - auch in Wuppertal sind die schwarzen Luftballons bei Treffpunkten von Jugendlichen als Hinterlassenschaft vorzufinden. Es handelt sich um ein besonders klimaschädliches und stark gesundheitsgefährdendes Gas, das auch zur Befüllung von Luftballons verwendet wird. Es ist besonders bei Jugendlichen als Partydroge beliebt. Das farblose Gas mit dem chemischen Namen Distickstoffmonoxid wird in vielen Branchen verwendet: als Treibgas in Spraydosen und Luftballons sowie in Kartuschen für Sprühsahne und ist damit problemlos in fast jedem Einkaufsmarkt erhältlich. Andere europäische Länder wirken diesem Trend entgegen und wollen dem wachsenden Konsum von Lachgas unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Verboten beikommen. Seit Januar 2023 haben die Niederlande den Verkauf und Besitz erheblich eingeschränkt. Gleiches gilt seit Kurzem auch für Großbritannien. Dort ist der Besitz ab sofort untersagt. Auch Dänemark hat bereits

konsequente Vorgaben erlassen. In Deutschland sind bisher keine Einschränkungen oder Verbote geplant. Der Rat der Stadt Wuppertal hält es angesichts der Situation für unerlässlich, dass die Gesetzgebung geändert wird und fordert andere Städte und Kommunen auf, dieser Resolution zu folgen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wessel, Hans Jörg Herhausen, Fraktionsvorsitzende CDU

Klaus Jürgen Reese, Fraktionsvorsitzender SPD

Denise Frings, Paul Yves Ramette, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Karin van der Most, René Schunck, Fraktionsvorsitzende FDP

Susanne Herhaus, Gerd-Peter Zielezinski, Fraktionsvorsitzende Linkes Bündnis Wuppertal

Ralf Wegener, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler